

Finanzmarkt

DAX	EURO
↑	↓
Donnerstag: 10 689,26	Donnerstag: 1,0548
Mittwoch: 10 662,44	Mittwoch: 1,0602
	(zum US-Dollar)

Blog

Täglich Neues aus der regionalen Wirtschaft. Diskutieren Sie mit!

ImPlus
Wirtschaftsblog der Main-Post
www.mainpost.de/im-plus

Firmen & Fakten

EZB sieht steigende Risiken für Finanzstabilität im Euroraum
Die Risiken für die finanzielle Stabilität in der Eurozone haben nach Einschätzung der Europäischen Zentralbank (EZB) wieder zugenommen. Zwar habe sich das Finanzsystem des gemeinsamen Währungsgebiets in den vergangenen sechs Monaten trotz wiederholter Schocks als widerstandsfähig erwiesen, stellte die Notenbank im halbjährlichen Finanzstabilitätsbericht fest. Sorgen macht den Währungshütern nach wie vor die schwache Ertragslage vieler Banken und die zum Teil noch hohe Belastung der Institute durch faule Kredite. DPA

Airbnb und HomeAway sollen in Barcelona hohe Strafen zahlen



Das Zimmervermittlungsportale Airbnb und sein Konkurrent HomeAway sollen in Barcelona jeweils 600 000 Euro Strafe zahlen. Beide Portale hätten wiederholt Wohnungen an Touristen vermittelt, obwohl die Genehmigung dafür fehlte, teilte die spanische Stadt am Donnerstag mit. Barcelona hatte die Strafen erst im Juni erhöht - von maximal 30 000 Euro auf 600 000 Euro. Der Touristenboom in Barcelona war lange von der Stadt begrüßt worden, doch in den vergangenen Jahren wuchs die Kritik. AFP/FOTO: DPA

Audi holt neuen Technik-Vorstand von Volvo

Audi hat den bisherigen Volvo-Topmanager Peter Mertens zum neuen Vorstand für Technische Entwicklung in Ingolstadt berufen. Vorgänger Stefan Knirsch war im September nach nur neun Monaten im Amt über den Diesel-Abgas-Skandal gestolpert - er hatte dem Aufsichtsrat seine Kenntnis von den Manipulationen verschwiegen. Mertens war auch bei Volvo für die Entwicklung verantwortlich und bisher nie für den VW-Konzern tätig. Nach Aufdeckung des Abgas-Skandals vor einem Jahr hatte sich die Ingolstädter VW-Tochter vom Entwicklungsvorstand Ulrich Hackenberg getrennt, Nachfolger Knirsch musste vor zwei Monaten gehen. DPA

Veranstalter: Festival-Besuch könnte teurer werden



Auf Festival-Besucher kommen im nächsten Jahr möglicherweise höhere Ticketpreise zu. Ursache dafür sind Abbrüche von Festivals und anderen Freiluft-Veranstaltungen wegen Unwetters in diesem Jahr, sagte Jens Michow, Präsident des Bundesverbands der Veranstaltungswirtschaft. „Man wird damit rechnen müssen, dass aufgrund der diesjährigen Schäden Versicherungen 2017 teurer werden.“ Das werde sich zwangsläufig auf die Ticketpreise auswirken. Wegen Unwetters waren im Sommer Großveranstaltungen wie „Rock am Ring“, das „Southside Festival“ und die Premiere der Karl-May-Spiele abgebrochen worden. DPA/FOTO: DPA



Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg. Ein Rentner aus Unterfranken hat die Behörde verklagt.

FOTO: CARSTEN REHDER, DPA

Ein Unterfranke wehrt sich

Rentner aus Gemünden fürchtet Nachteile durch Rückruf im Rahmen des VW-Skandals

Von unserem Redaktionsmitglied
MANFRED SCHWEIDLER

GEMÜNDEN Ein Rentner aus Gemünden (Lkr. Main Spessart) will vor Gericht die Rückrufaktion von VW nach dem Abgas-Skandal stoppen. Der Konzern will 2,4 Millionen Autos deutscher Kunden nachbessern, die eine Abschaltvorrichtung der Motorsteuerung ihrer Dieselfahrzeuge verwendet, um niedrigere Abgasnormen vorzutauschen.

Doch der Besitzer eines VW-Amarok fürchtet durch die Umrüstung Langzeitmängel an seinem Wagen. Willigt er aber nicht in die Nachbesserung ein, droht ihm der Entzug der Betriebslaubnis. Denn die Duldung der Nutzung der Fahrzeuge ohne Nachbesserung läuft am 31. Dezember aus. Die Umrüstung für das Modell Amarok hatte das Kraftfahrt-Bundesamt bereits im Januar verkündet. Deshalb erhebt der Unterfranke als erster einer ganzen Reihe von

Mandanten mithilfe seines Anwalts Thomas Schmidt aus Kleinmachnow eine vorbeugende Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Sie ging vor wenigen Tagen beim Verwaltungsgericht in Schleswig ein.

Der Anwalt sagt: „Ziel meines Mandanten ist es, von der Verpflichtung, dem Rückruf von VW zu folgen, entbunden zu werden“ - zumindest so lange, „bis endgültig geklärt ist, dass keine Nachteile entstehen und VW die uneingeschränkte Garantie dafür übernimmt“.

Der VW-Kunde hat offenbar kein Vertrauen in die Maßnahme, die zwischen VW-Konzern und Kraftfahrt-Bundesamt vereinbart wurde. Er fürchtet, dass dies „zu Folgemängeln am Motor führt und dass die verwendeten Motorteile, die sich ohnehin bereits an der Belastungsgrenze bei dem derzeit bestehenden Einspritzdruck befinden, übermäßig belastet

werden“, heißt es unter Bezug auf Angaben von Sachverständigen.

Bei der Nachbesserung müsse VW nach Auffassung von Experten „den Druck auf die Teile noch weiter erhöhen“. Mögliche Folge: Eine Überbelastung dieser Teile, „die zu einer kürzeren Haltbarkeitsdauer des Motors führt, als ursprünglich bei der Herstellung und dem Verkauf vorgesehen“.

Dazu komme mehr Spritverbrauch, Leistungsminderung und erhöhter CO₂-Ausstoß. Eine Nachbesserung ohne diese Folgemängel sei physikalisch unmöglich.

VW habe betont, man übernehme keine Garantie für Folgeschäden nach der Umrüstung. Eine ersatzweise angekündigte „garantiegliche“ Bescheinigung, die der Kläger nach dem Update erhalten soll, ist laut Anwalt Schmidt juristisch wenig wert, da sie dem Fahrzeughalter die Beweislast aufbürdet, die er nie erfüllen könne. Der Wolfsburger Auto-

bauer halte die technischen Einzelheiten des Software-Updates weiterhin geheim, so dass auch ein unabhängiger Sachverständiger Fehler nie überprüfen könne. Seinem Mandanten und der Deutschen Umwelt-Hilfe (DUH) sei der Einblick in ein 581 Seiten starkes Gutachten verweigert worden.

Als die DUH die Herausgabe beim Verwaltungsgericht Schleswig erzwang, wurde ein unbrauchbarer Papierstapel geliefert: Fast alles auf den 581 Seiten war aus Geheimhaltungsgründen geschwärzt - „eine Verhöhnung des Gerichts“, findet Anwalt Schmidt. „Die Nachbesserung und damit die Rückrufaktion“ sei „für jedermann unzumutbar“.

Ein Pressesprecher des Kraftfahrt-Bundesamts sagte am Dienstag auf Anfrage dieser Redaktion zu dem Fall: „Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.“ Auf die Frage, wer stattdessen Auskunft geben könne oder dürfe, sagte er: „Das weiß ich nicht.“

Konsumfreude verbessert

GfK rechnet mit gutem Weihnachtsgeschäft

FRANKFURT (dpa) Deutschlands Verbraucher kommen pünktlich zu Weihnachten wieder so richtig in Kauflaune. „Die Gabentische werden auch 2016 wieder brechend voll sein“, sagte GfK-Marktforscher Wolfgang Adlwarth.

Insgesamt stellten die Nürnberger Experten ein stabiles Konsumklima fest - auch dank der „exzellenten Verfassung des Arbeitsmarktes“, wie Konsumforscher Rolf Bürkl erklärte: „Die Rahmenbedingungen in der deutschen Wirtschaft sind weiterhin gut, trotz des turbulenten internationalen politischen Umfelds.“

Der monatliche GfK-Konsumklimaindex erhöhte sich nach zwei Rückgängen in Folge für den Dezember wieder auf 9,8 Punkte. Im Vormonat war der Index mit 9,7 Zählern erstmals seit Juni unter die 10-Punkte-Marke gefallen. Pünktlich zum Weihnachtsgeschäft zog nach dem Dämpfer im Vormonat auch die Nei-

gung an, größere Anschaffungen zu tätigen. Für Weihnachtsgeschenke wollen die Menschen in Deutschland im Schnitt 280 Euro ausgeben - und damit 6 Euro mehr als im vergangenen Jahr. Eingefleischte Weihnachtsgans - der GfK-Umfrage zufolge jeder zweite Deutsche (49 Prozent) - planen sogar mit 324 Euro. Insgesamt wollen neun von zehn Verbrauchern (90 Prozent) zum Fest etwas verschenken.

Der Handel darf sich demnach wieder auf gute Geschäfte freuen. Rund 14,3 Milliarden Euro dürften laut der GfK-Prognose wie im Vorjahr mit Weihnachtsgeschenken umgesetzt werden.

Jeder zweite (53 Prozent) bestellt mindestens ein Geschenk im Internet - Tendenz steigend. „Der Online-Handel wird sich eine größere Scheibe vom Weihnachtsgeschäft abschneiden als der stationäre Handel“, sagte Adlwarth.

Wieder Preis für Vogel

Verlag gewinnt mit Familienfreundlichkeit

WÜRZBURG (aug) Innerhalb weniger Tage hat die Vogel Business Media GmbH & Co. KG, besser bekannt als Vogel Verlag, einen zweiten Preis bekommen: Das Würzburger Unternehmen zählt neuerdings zu den 20 familienfreundlichsten Betrieben in Bayern. Wie das Arbeits- und Familienministerium am Donnerstag in München weiter mitteilte, soll mit dem zum ersten Mal vergebenen Preis „Erfolgreich.Familienfreundlich“ gewürdigt werden, in welchem Maße Unternehmen auf die Wünsche ihrer Mitarbeiter eingehen. Der Vogel Verlag hatte erst am 16. November den unter anderem auf nachhaltiges Wirtschaften aus-

gerichteten Regionis-Preis der Wirtschaftsjunioren Unterfranken gewonnen (wir berichteten).

Für den Preis für Familienfreundlichkeit hatten sich nach Ministeriumsangaben 188 Firmen aus Bayern beworben. Der Vogel Verlag ist das einzige Unternehmen aus Unterfranken, das ausgezeichnet wurde.

„Unternehmerischer Erfolg und Familienfreundlichkeit sind kein Widerspruch, im Gegenteil: Ein Unternehmen, das auf die familiären Bedürfnisse seiner Mitarbeiter eingeht, erhöht deren Motivation und langfristig seinen wirtschaftlichen Erfolg“, wird Wirtschaftsministerin Ilse Aigner in der Mitteilung zitiert.

Lufthansa: Pilotenstreik geht weiter

Keine Bewegung in Sicht

FRANKFURT (dpa) Wegen des fortgesetzten Pilotenstreiks hat die Lufthansa für diesen Freitag 830 Flüge abgesagt. Betroffen sind nahezu ausschließlich die Kurz- und Mittelstrecken mit rund 100 000 Passagieren, wie das Unternehmen mitteilte. Die Langstrecke werde „nahezu planmäßig durchgeführt“. „Insgesamt sind an den drei Streiktagen mehr als 315 000 Passagiere von 2618 Flugausfällen betroffen.“ Und auch am Samstag wollen die Piloten streiken: Es seien alle Langstreckenverbindungen betroffen, die in dieser Zeit aus Deutschland abfliegen sollen, teilte die Gewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) mit. Lufthansa forderte die VC mit Nachdruck dazu auf, einer Schlichtung zuzustimmen. „Wir sind als Vorstand für mehr als 120 000 Mitarbeiter verantwortlich und wollen Lufthansa zukunftsfähig aufstellen.“ Das wird mit einer Forderung von 20 Prozent mehr Lohn nicht möglich sein“, sagte Lufthansa-Vorstandsmitglied Harry Hohmeister.

Im bis Anfang 2014 zurückreichenden Tarifkonflikt hatte Lufthansa den Piloten zuletzt ein Lohnplus von 2,5 Prozent bis Ende 2018 angeboten. Die Vereinigung Cockpit lehnt das ab. Sie verlangt Tarifierhöhungen von insgesamt 22 Prozent für die Zeit bis einschließlich April 2017. Bereits am Donnerstag wurden wegen des Streiks 912 Verbindungen gestrichen, am Mittwoch waren es 876 gewesen. Flüge der Billigtöchter Eurowings und Germanwings sowie der Konzerngesellschaften AUA, Swiss, Brussels und Air Dolomiti waren nicht betroffen.

Die Forderungen der VC nannte Hohmeister „abstrus“ und „völlig unakzeptabel“. Schon jetzt zahle Lufthansa den Piloten mehr als bei anderen Airlines üblich. Es gehe darum, die Fluggesellschaft zukunftsfähig aufzustellen. Man sei auch den 120 000 anderen Mitarbeitern verpflichtet. Jeder Streiktag koste Lufthansa rund zehn Millionen Euro.

ANZEIGE

Mein LieblingsLaden
www.mein-liebingsladen.de

Für Shopping-Queens und Schnäppchenjäger

MAIN POST
Gut zu wissen.